

# BEENDET DIE UNGERECHTIGKEIT

## ROMA-KINDER WERDEN WEITERHIN VOM TSCHECHISCHEN SCHULSYSTEM BENACHTEILIGT

### BILDUNG IST EIN MENSCHENRECHT

*„So werden Roma-Kinder hier einfach gesehen. Mach ein paar Tests und steck sie in die Sonderschule.“*

*Mutter eines Roma-Jungen, der in Ostrava in der Tschechischen Republik auf eine praxisorientierte Grundschule geht, Februar 2009.*

In der Tschechischen Republik wird Roma-Kindern das Recht auf eine Bildung frei von Diskriminierung verweigert. Dabei findet die Diskriminierung auf ganz unterschiedliche Arten statt und hat ernsthafte negative Auswirkungen auf die Qualität der Bildung, die die Kinder erhalten. Viele Roma-Kinder werden in Schulen oder Schulklassen für Schüler mit „leichten geistigen Behinderungen“ geschickt. Andere gehen zwar auf allgemeinbildende Grundschulen, sind dort aber de facto in Schulen und Klassen nur für Roma zusammengefasst, in denen sie eine minderwertige Bildung erhalten. Auf diese Weise werden ihre späteren Bildungs- und Berufsaussichten eingeschränkt. Und so sinkt auch die Chance, dem Teufelskreis von Armut und Ausgrenzung zu entkommen, in dem die Roma in der Tschechischen Republik gefangen sind.

### URTEIL DES EUROPÄISCHEN GERICHTSHOFS

Im November 2007 entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass die tschechische Regierung Roma-Kinder diskriminiert, indem diese auf Sonderschulen geschickt werden (Schulen für Kinder mit „leichten geistigen Behinderungen“), wo sie eine unterdurchschnittliche Bildung erhielten. Die Regierung wurde verpflichtet, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Zwei Jahre später ist die Diskriminierung jedoch noch immer an der Tagesordnung. Trotz der ergriffenen Maßnahmen, darunter auch Gesetze aus der Zeit vor dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs, zeigen Regierungsgutachten, dass Roma-Kinder noch immer die Verlierer des tschechischen Bildungssystems sind. Nachforschungen von Amnesty International bestätigen dies.



Mit einem neuen Schulgesetz, das 2005 in Kraft trat, wurden die „Sonderschulen“ in „praxisorientierte Grundschulen“ umbenannt. Das System, nach dem Kinder auf diese Schulen geschickt werden, in denen ein eingeschränkter Lehrplan gilt, bleibt im Grunde aber dasselbe. Weiterhin gehen überdurchschnittlich viele Roma-Kinder auf solche Schulen. Mancherorts machen sie über 80 Prozent der Schüler aus. Die Regierung hat zur Kenntnis genommen, dass der Anteil von Roma-Kindern an praxisorientierten Grundschulen den durchschnittlichen Anteil von geistig behinderten Kindern in jeder Bevölkerungsgruppe weit übersteigt. Die Probleme sind allerdings nicht auf die praxisorientierten Grundschulen beschränkt: In den allgemeinen Grundschulen gehen viele Roma-Kinder in Förderklassen für Schüler mit „leichten geistigen Behinderungen“.

Amnesty International war in Ostrava in der Tschechischen Republik, um herauszufinden, ob sich seit dem Urteil des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte etwas geändert hat. Von hier stammen die 18 Roma-Kinder, die die Klage 1999 eingereicht hatten. In einem Bezirk, den Amnesty International besuchte, waren etwa 75 Prozent der Schüler der vier Grundschulen Roma (es handelte sich um eine praxisorientierte und drei allgemeine Grundschulen). Laut dem Institut für Bildungsinformation sind 95 Prozent der 172 Schüler Roma, die entweder in der praxisorientierten Grundschule oder in Förderklassen in den allgemeinen Grundschulen nach dem Lehrplan für Schüler mit „leichten geistigen Behinderungen“ unterrichtet werden.

Das niedrigere Bildungsniveau an gesonderten Schulen ist aber nur ein Teil des Problems. Auch die Diskriminierung in allgemeinen Grundschulen trägt dazu bei, dass den Roma in der Tschechischen Republik das Recht auf Bildung verweigert ist. Dazu gehören sowohl die Vorurteile von Lehrern und Nicht-Roma-Eltern als auch die fehlende Unterstützung für Roma-Kinder.

## ALLGEMEINE GRUNDSCHULEN

Die allgemeinen Grundschulen sind weiterhin zumeist nicht darauf eingestellt und oft auch nicht gewillt, Schülern mit einem anderen ethnischen oder sozialen Hintergrund und mit anderen Fähigkeiten die nötige Förderung zukommen zu lassen. Häufig werden die besonderen Bedürfnisse von Roma-Kindern, die sich aus ihrer sozialen Situation und ihrem kulturellen Hintergrund ergeben, in allgemeinen Grundschulen nicht aufgefangen – beispielsweise durch zusätzlichen Sprachunterricht, Vorschulklassen oder zusätzliche Unterstützung im Klassenzimmer. Wenn die Kinder dementsprechend schlechtere Leistungen erbringen, können die Lehrer den Eindruck gewinnen, dass sie für die allgemeinen Grundschulen nicht geeignet seien.

Unabhängig von ihren Fähigkeiten werden Roma-Kinder all zu oft als „leicht geistig behindert“ eingestuft und landen auf praxisorientierten Grundschulen oder in Förderklassen, obwohl eine zeitweilige gezielte Förderung die Unterschiede ausgleichen könnte, die auf dem sozialen Hintergrund beruhen. **Folglich stehen die Eltern von Roma-Kindern vor extrem schwierigen Entscheidungen. In allgemeinen Grundschulen laufen ihre Kinder Gefahr, isoliert und benachteiligt zu werden. In praxisorientierten Schulen wiederum, in denen die Mehrheit der Schüler Roma sind, werden die Kinder zwar von den Lehrern und Mitschülern besser behandelt, sie erhalten aber eine schlechtere Bildung, die ihre Zukunftschancen einschränkt.**

*„Manche Lehrer haben Vorurteile gegen Roma... Das Problem liegt in der tief verwurzelten Wahrnehmung, dass Roma fremd seien, bedrohlich, unsauber und zurückgeblieben... Der Grund dafür sind Vorurteile, die manchmal durch schlechte Erfahrungen verstärkt wurden, die normalerweise aber einfach von Generation zu Generation weitergegeben werden.“*  
*Vorsitzende einer NGO, die sich für Roma-Gemeinschaften in Ostrava in der Tschechischen Republik einsetzt, Februar 2009.*



„Wir sind eine sehr homogene Gesellschaft und wir sind nicht dazu bereit, mit Menschen, die anders sind, auf eine Art umzugehen, die es ihnen ermöglicht, erfolgreich zu sein. Es gibt zwar Gleichstellungsgesetze, aber die Praxis sieht anders aus.“  
 Leiter des Instituts für Pädagogische Forschung, Tschechische Republik, Februar 2009.

## AUFNAHMETESTS FÜR PRAXISORIENTIERTE GRUNDSCHULEN

„Die Entscheidungen sind so oft umstritten... Für mich ist das ganze Thema Ausdruck einer bestimmten Ideologie, oder einer gemeinsamen Überzeugung, wenn Sie so wollen, die durch etwas gedeckt und gerechtfertigt wird, das fälschlicherweise als Wissenschaft bezeichnet wird. Das ganze ist ein Teufelskreis.“  
 Expertin am Institut für Bildung und Psychologische Beratung, Tschechische Republik, Februar 2009.

Der Förderbedarf eines Kindes wird durch die Schulberatungszentren festgestellt. Das Testverfahren dafür hat sich in den letzten zehn Jahren allerdings kaum verändert und lässt die sozialen, kulturellen und sprachlichen Besonderheiten von Roma-Kindern weiterhin außer acht, vor allem, wenn sie aus einem benachteiligten Umfeld stammen. So werden beispielsweise die Kommunikationsfähigkeiten der Kinder getestet. Für Roma-Kinder ist Tschechisch jedoch häufig nicht die Sprache, die sie zu Hause sprechen.

In einigen Fällen, die Amnesty International untersucht hat, wurde den Kindern vom Schulberatungszentrum in einer Stadt bescheinigt, dass sie keine geistige Behinderung aufwiesen. Nachdem sie mit ihren Familien in eine andere Stadt gezogen waren, führte das dortige Schulberatungszentrum einen neuen Test durch und empfahl die Aufnahme in eine praxisorientierte Grundschule. Die Verlässlichkeit der Testergebnisse ist in vielen dieser Fälle fragwürdig. Der Test lässt erheblichen Raum für Subjektivität, wodurch sowohl die Schulempfehlung als auch die Einschätzung, was für das Kind am besten ist, von bewussten oder unbewussten Vorurteilen des Schulberaters beeinflusst werden können.

Solange einer Benachteiligung im Testverfahren nicht ernsthaft entgegengewirkt wird, werden Roma-Kinder weiterhin in Schulen oder Klassen für Kinder mit „leichten geistigen Behinderungen“ deutlich überrepräsentiert sein.

## PRAXISORIENTIERTE GRUNDSCHULEN

Im Vergleich zu allgemeinen Grundschulen ist die Qualität der Bildung an praxisorientierten Grundschulen deutlich niedriger, was die weiteren Bildungs- und Berufsaussichten der Schüler verschlechtert.

Wie der Name bereits nahe legt, werden an diesen Schulen vor allem die „praktischen Fähigkeiten“ der Kinder entwickelt. Der Lehrplan fällt etwa zwei Jahre hinter den Lehrplan der allgemeinen Grundschulen zurück. Zum Beispiel lernen Kinder an allgemeinen Grundschulen normalerweise im ersten Schuljahr das Alphabet und die Zahlen bis 100. In einigen praxisorientierten Schulen werden im selben Zeitraum nur die Zahlen bis 10 abgedeckt und das Alphabet wird über zwei Schuljahre hinweg gelehrt. Obwohl die Kinder gesetzlich das Recht haben, ihre Bildung an jeder weiterführenden Schule fortzusetzen, gehen in der Praxis die meisten Schüler von praxisorientierten Grundschulen, wenn überhaupt, anschließend auf die Berufsschule, da ihr erworbenes Wissen beschränkt ist und sie die Kriterien für den Zugang zu höheren Schulen nicht erfüllen.



## DIE ENTSCHEIDUNG DER ELTERN

Damit ein Kind auf eine praxisorientierte Schule geschickt werden kann, müssen die Eltern ihr Einverständnis geben. Häufig wird behauptet, dass so eine falsche Einordnung der Kinder vermieden wird. Amnesty International befürchtet jedoch, dass die Eltern von Roma-Kindern bei der Entscheidung oft nicht ausreichend informiert sind und unter einem gewissen Druck stehen. Den Eltern ist oft nicht bewusst, welche Auswirkungen es auf die Zukunftschancen ihrer Kinder hat, wenn sie auf eine praxisorientierte Schule gehen. Häufig gehen sie davon aus, dass es angesichts der Vorurteile, mit denen die Kinder in allgemeinen Grundschulen konfrontiert sind, und der mangelnden Unterstützung, die sie dort erhalten, besser ist, wenn die Kinder eine schlechtere Bildung in einem freundlicheren Umfeld erhalten.

Dass der Name der Schulen 2005 von „Sonderschule“ in „praxisorientierte Grundschule“ geändert wurde, kann manche Eltern zu dem Glauben verleiten, dass ihr Kind dort eine reguläre Grundschulbildung erhält.

Einigen Eltern ist jedoch durchaus bewusst, dass der Besuch einer praxisorientierten Grundschule die Möglichkeiten für eine weiterführende Bildung einschränkt und ihre Kinder de facto auf einen Ausbildungsberuf festlegt. Ihnen ist auch bewusst, dass ihre Kinder intelligent sind und eigentlich nicht auf diese Schulen gehören. Trotzdem sehen einige Eltern diese Tatsachen als bedeutungslos an. Da sie wissen, dass ihre Kinder in allen Aspekten ihres Lebens Diskriminierungen ausgesetzt sind, gehen sie davon aus, dass eine bessere Bildung an einer allgemeinbildenden Schule ihnen letztlich nicht weiterhelfen würde.

## IN DER SACKASSE

Wenn ein Kind einmal auf eine praxisorientierte Schule oder in eine Klasse für Schüler mit „leichten geistigen Behinderungen“ geht, ist es sehr schwierig, auf eine allgemeinbildende Schule zu wechseln. Gesetzlich sind keine regelmäßigen Nachprüfungen vorgesehen, die nur auf Wunsch der Eltern stattfinden können. Für die wenigen, die tatsächlich auf die reguläre Schule zurückkehren, ist die Umstellung wegen des vereinfachten Lehrplans, nach dem sie bisher unterrichtet worden sind, extrem schwierig. Häufig erfahren sie keinerlei Unterstützung durch die allgemeinbildenden Schulen, um wieder Anschluss finden zu können.

Sowohl die Zentralregierung als auch die regionalen Bildungsbehörden sind darüber informiert, dass in den vergangenen Jahren zahlreiche falsche Schulempfehlungen umgesetzt wurden und diese Praxis weiterhin anhält. Dennoch wurde kein Versuch unternommen, die Roma-Kinder, die fälschlicherweise auf praxisorientierte Grundschulen und in Klassen für Schüler mit „leichten geistigen Behinderungen“ gehen, zu identifizieren und wieder in das allgemeine Schulsystem einzugliedern. Nur so kann aber den Folgen eines ungeeigneten Testverfahrens und dem Einfluss der Eltern entgegengewirkt werden, die dazu geführt haben, dass viele Roma-Kinder eine Bildung erhalten, die nicht ihren wirklichen Fähigkeiten entspricht.

Obwohl die Schuld für die falsche Schulzuweisung häufig den Eltern angelastet wird, liegt die eigentliche Verantwortung beim Staat. Denn dieser versäumt es, der strukturellen Diskriminierung im Bildungssystem entgegenzutreten, die den Kreislauf von Ausgrenzung und Armut verfestigt, in dem viele Roma gefangen sind.

Die tschechische Regierung hat die Pflicht, „das Wohl des Kindes“ zu wahren und die erfolgreiche Integration von Roma-Kindern in das allgemeine Bildungssystem zu gewährleisten. Dieser



Verpflichtung kann sie sich nicht mit dem Hinweis auf tatsächliche oder vermeintliche Unzulänglichkeiten der Eltern entziehen.

## AUSGRENZUNG

Obwohl sie keiner offiziellen Regierungspolitik entsprechen, führen gesonderte Grundschulen und Schulklassen für Roma, die vor allem oder ausschließlich von Roma-Kindern besucht werden, de facto zu einer Ausgrenzung. Wegen der Vorurteile der Lehrer und der geringen Erwartungen, die sie an die Schüler haben, wird in diesen Schulen und Klassen häufig ein geringeres Bildungsniveau erreicht.

Schulen, die ihre Schüler in erster Linie aus dem umliegenden Gebiet beziehen, spiegeln die Trennung der Bevölkerungsgruppen in unterschiedliche Wohngebiete wider. Laut Gesetz haben Eltern das Recht, die Schule ihres Kindes frei zu wählen. Theoretisch könnte diese Freiheit der Aufteilung der Schulen entgegenwirken, weil die Roma Ihre Kinder an jeder beliebigen Schule anmelden können. In der Praxis hat die Wahlfreiheit jedoch offenbar eine Aufteilung der Bildungseinrichtungen gefördert, da die Eltern von Nicht-Roma-Kindern sie nutzen, um ihre Kinder aus Schulen zu nehmen, in denen der Anteil von Roma hoch ist oder steigt.

Viele Lehrer, die an allgemeinen Grundschulen arbeiten, die nur von Roma besucht werden, lehnen eine solche Trennung ab, da sie einen negativen Einfluss auf den Lernerfolg der Kinder hat. Gegen die Entscheidung der Eltern bei der Schulwahl können die Lehrer jedoch nichts ausrichten. Wie eine Lehrerin sagte:

*„Ich glaube nicht, dass diese Trennung gut ist, weil die Kinder so zu hause ghettoisiert sind und in der Schule auch. Sie sind hier neun Jahre lang von anderen Bevölkerungsgruppen getrennt und dann gehen sie zurück in ihr Ghetto und sind da auch getrennt, sozial ausgegrenzt.“*  
Lehrerin an einer allgemeinen Grundschule, die nur von Roma-Kindern besucht wird, in Ostrava, Tschechische Republik, April 2009.

Über die Tatsache, dass ihre Kinder in Ostrava auf eine reine Roma-Schule gingen, sagte eine Romni zu Amnesty International: „Mir wäre es lieber, wenn meine Kinder zusammen mit weißen Kindern auf die Schule gehen würden. Jetzt sind sie nur mit Roma-Kindern zusammen... Sie lernen nur die Roma-Mentalität kennen. Sie wissen, wie sie sich unter Roma benehmen müssen, aber sie haben keine Erfahrung mit weißen Kindern.“

Dass Roma-Kinder de facto in separate Schulen und Schulklassen gehen, wo sie eine schlechtere Bildung erhalten, ist ein Symptom für die Diskriminierung im tschechischen Bildungssystem. Gleichzeitig ist es einer der Faktoren, die dazu beitragen, diese Diskriminierung zu verfestigen und Vorurteile und Intoleranz in der tschechischen Gesellschaft am Leben zu halten.



## DER “DIAGNOSEAUFWENTHALT“

Bevor eine Schülerin oder ein Schüler offiziell auf eine praxisorientierte Grundschule kommt, kann er oder sie zunächst für einen Diagnoseaufenthalt von zwei bis sechs Monaten auf eine solche Schule gehen. Nach dieser Zeit wird die endgültige Entscheidung über die Schuleignung des Kindes getroffen. Diese Vorgehensweise wird in Fällen gewählt, in denen die Testergebnisse eines Kindes nicht eindeutig sind oder nicht sicher ist, ob ein Kind tatsächlich geistig behindert ist.

Da es nur vage Vorgaben gibt, unter welchen Umständen ein Diagnoseaufenthalt angezeigt ist, kann diese Maßnahme auch unangemessen eingesetzt werden und ohne sicherzustellen, dass das Wohl des Kindes gewahrt ist. Amnesty International sind mehrere Fälle bekannt, in denen Diagnoseaufenthalte ohne jede formale Prüfung auf Empfehlung eines Lehrers oder auf Wunsch der Eltern autorisiert wurden. Gehen die Kinder aber einmal fälschlicherweise auf eine praxisorientierte Schule, wird es für sie sehr schwierig, wieder auf eine allgemeinbildende Schule zurückzukehren, da sie schnell den Anschluss verlieren.

Der Direktor einer praxisorientierten Schule sagte Amnesty International gegenüber, dass Roma-Eltern ihn häufig inständig bäten, ihre Kinder an seiner Schule aufzunehmen, da sie in der allgemeinen Grundschule diskriminiert würden. Er nimmt sie dann probeweise bis zur Beurteilung ihres Falls durch ein Schulberatungszentrum auf, aber nur wenige kehren je wieder auf eine allgemeine Schule zurück.

## DIE GESCHICHTE DES ELFJÄHRIGEN FRANTIŠEK

František gehört zu den wenigen Roma-Kindern, die auf eine allgemeine Grundschule in Ostrava gehen, die vor allem von Nicht-Roma-Kindern besucht wird. Als František in der vierten Klasse war, beschwerte sich seine Lehrerin, er sei „zu lebhaft“. Sie rät Františeks Mutter Renata, das Kind in einem psychologischen Beratungszentrum testen zu lassen. Dieses Zentrum empfiehlt einen viermonatigen Diagnoseaufenthalt an einer praxisorientierten Schule.

Nach diesen vier Monaten empfiehlt der Leiter der praxisorientierten Schule, dass František an die allgemeine Grundschule zurückkehren solle, da seine Leistungen und sein Verhalten keinerlei Grund für einen weiteren Aufenthalt an der praxisorientierten Schule mit ihrem eingeschränkten Lehrplan böten.

Als František am Ende des Schuljahrs an die allgemeine Grundschule zurückkehrt, fällt er durch die Jahresendprüfungen, da er in den Monaten an der praxisorientierten Schule Unterrichtsstoff verpasst hat. František muss die vierte Klasse wiederholen. Seine neuen Klassenkameraden machen sich über ihn lustig, weil er auf der „Sonderschule“ war. František möchte nicht mehr zur Schule gehen. Seine Mutter sagt, dass die Lehrerin ihn von verschiedenen Klassenaktivitäten ausschließe und darauf bestehe, dass František entweder auf die praxisorientierte Schule oder auf eine reine Roma-Schule gehöre, wo er „unter seinesgleichen“ sei. Schließlich fasst seine Mutter den Entschluss, ihn auf einer Grundschule anzumelden, die vor allem von Roma-Schülern besucht wird.



## SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Maßnahmen, die die Regierung in letzter Zeit ergriffen hat, um diese Situation zu verbessern, zeigen keine Wirkung. Die eigentlichen Gründe für die Verletzung des Rechtes von Roma-Kindern auf Bildung wurden nicht angegangen. **Dass Roma-Kinder immer noch keinen Zugang zu einer Bildung frei von Diskriminierung haben, beschneidet ihre Menschenrechte erheblich, da es ihre soziale Ausgrenzung aufrechterhält und sie noch tiefer in die Armut treibt.**

Um ihren Verpflichtungen in Bezug auf die Menschenrechte nachzukommen und das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte wirksam umzusetzen, muss die tschechische Regierung sicherstellen, dass Roma-Kinder ihr Recht auf eine Bildung ohne Diskriminierung in vollem Umfang genießen können. Es muss ein zentrales Ziel der Bildungspolitik sein, die Trennung der Bevölkerungsgruppen zu beenden. Es müssen unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden, um Roma-Kinder in integrierte allgemeinbildende Schulen einzugliedern.

Amnesty International fordert die tschechische Regierung auf, Führungsstärke und Zielstrebigkeit zu zeigen und die Diskriminierung im Bildungssystem sowie die Verletzungen des Rechts auf Bildung für Roma-Kinder zu beenden.

## EMPFEHLUNGEN

### DIE TSCHECHISCHE REGIERUNG SOLLTE:

- Alle Wechsel auf praxisorientierte Schulen und in Klassen für Schüler mit „leichten geistigen Behinderungen“ für das Schuljahr 2010/11 stoppen, bis untersucht wurde, ob jeweils wirklich eine Notwendigkeit dafür besteht.
- Einen umfassenden Plan formulieren und annehmen, der mit klaren jährlichen Zielvorgaben und angemessenen Unterstützungsmaßnahmen die schulische Trennung von Roma-Kindern beendet und dafür eine Rechtsgrundlage schafft.
- Sicherstellen, dass Kinder bei Bedarf umgehend zusätzliche Unterstützung erhalten, um am allgemeinen Grundschulsystem teilzunehmen und ihre Fähigkeiten in diesem voll zu entwickeln.
- Umgehend und vorrangig mit allen verfügbaren Maßnahmen Schüler identifizieren, die fälschlicherweise an eine praxisorientierte Grundschule geschickt wurden und zu gewährleisten, dass sie in allgemeine Schulen integriert werden.
- Sicherstellen, dass effektive Mechanismen eingesetzt werden, damit Eltern und andere über die diskriminierende Umsetzung einer Schulempfehlung für ein Kind Beschwerde einlegen können.
- Die Gesetze dahingehend erweitern, dass eine Kategorie von Kindern mit „sozial benachteiligtem Hintergrund“ definiert wird, die ausschließlich dazu dient, diesen Kindern zeitweise spezielle Maßnahmen zur Verfügung zu stellen, um ihre Ausbildung an allgemeinbildenden Schulen zu unterstützen. Auf keinen Fall sollte dies dazu führen, dass Kinder in Schulen oder Schulklassen für Kinder mit „leichten geistigen Behinderungen“ geschickt werden.



- Die gesetzliche Grundlage für Diagnoseaufenthalte an praxisorientierten Grundschulen entziehen, die es erlaubt, Kinder zeitweise an praxisorientierten Grundschulen oder in Klassen für Kinder mit „leichten geistigen Behinderungen“ unterzubringen.
- Ein spezielles Maßnahmenpaket verabschieden, das allen eine allgemeine Grundschulbildung ermöglicht und den Bedürfnissen der Schüler, auch sprachlicher und kultureller Natur, Rechnung trägt.
- Programme entwickeln, die darauf abzielen, Roma-Eltern auf eine gut zugängliche Art mit präzisen Informationen zu versorgen, damit sie sich über die verschiedenen Schularten und über die Folgen einer Ausbildung an einer praxisorientierten Grundschule ein Bild machen können.

DEUTSCHE ÜBERSETZUNG DES AMNESTY INTERNATIONAL KURZBERICHTS EUR 71/004/2009

VERBINDLICH IST DAS ENGLISCHE ORIGINAL:

[HTTP://WWW.AMNESTY.ORG/LIBRARY/INFO/EUR71/004/2009/EN](http://www.amnesty.org/library/info/eur71/004/2009/en)

WEITERE DEUTSCHSPRACHIGE INFORMATIONEN UND AKTIONSMATERIALIEN ZUR KAMPAGNE:

[HTTP://AMNESTY-KINDERRECHTE.DE/BILDUNG\\_ROMA.HTML](http://amnesty-kinderrechte.de/bildung_roma.html)

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**

